

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindevorsteher des Bezirks. **Ältestes Blatt im Bezirk.** - - - Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neukirch, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - **Wöchentliche Beilagen:** Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - **Fernsprecher Nr. 22.**

Verkauf: Bischofswerda, Markt 15. **Bestellen:** jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Abonnementspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20, kann bei Postbestellung vierteljährlich Mk. 3.30 oder halbjährlich Mk. 6.50, jährlich Mk. 12.50, bezogen werden.

Verkauf: Amt Leipzig Nr. 21 543. - **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerda Konto Nr. 64. **Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Art -** hat der Besteller keinen Anspruch auf Abdruck oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die dreispaltige Grundzeile (Zm. Maße 100 oder deren Raum 40 Pfg., drückliche Anzeigen 30 Pfg. Im Viertel (Zm. Maße 17) 90 Pfg., die dreispaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. - **Unbillige Anzeigen** die dreispaltige Zeile 70 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. - **Erfüllungsort:** Bischofswerda.

Nr. 187.

Donnerstag, den 14. August 1919.

73. Jahrgang.

Die Gefahr des Winters.

Als vor kurzem versuchten alle maßgebenden Stellen nach die Hoffnung vorzutreiben, daß die Verhältnisse in Deutschland bald der Besserung entgegen gingen. Man sprach von den Zufahren, die die Preise der Lebensmittel vermindern sollten und die Menge der Lebensmittel zu erhöhen vermögen. Man nahm an, daß die billigeren Erzeugnisse des Streikfeldes beizubringen und den Arbeitswilligen liefern würde. Der Verkehr erhielt einen Aufschwung. Die Zahl der Arbeitslosen sollte angeblich abnehmen und man glaubte den Unternehmern auch vor, daß sehr bald an den Abbau der hohen Preise gegangen werden würde. Heute zeigt sich plötzlich ein ganz anderes Bild. Und zwar herrscht in den Ämtern, da alle Beiseitigt, die früher die Optimisten vom reinen Wasser waren, wiegen sich heutzutage für Haupt und haben für alle Fragen und Berechnungen, die ihnen vorgehalten werden, nur ein viel- oder nichtabsehbares Schicksal. Über offenes Auge, die Berechnung im Hinterkopf beobachtet, konnte niemals den Optimismus der Regierungsgesellen teilen. Die vielen Streiks haben einen Wandel zur Katastrophe führen, die Arbeitslosen sind nun in der Lage, die Lebensmittel zu kaufen, die sie früher nicht konnten und die Bevölkerung der Zwangsarbeiter hat große Schwierigkeiten, die Lebensmittel zu kaufen, die sie früher nicht konnten. Von den maßgebenden Stellen geht nichts. So leben wir denn einem Winter großer Not entgegen. Das schwarze Bild ist in dem Optimismus der Maßgebenden eingegraben mit dem Augenblick, da die Franzosen die ihnen zugesagten Kohlen forderten. Da erst merkte man bei uns, daß uns schon die Hauptgefahr lauern werde. Und wenn heute auch alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, der Not des Winters entgegen wir nicht. Wir werden uns sehr einschränken müssen, und wenn diese aufsteigende Not nicht zu neuen Unruhen führt, so haben die „maßgebenden“ Optimisten wirklich Glück gehabt.

Der neue Kohlenstreik in Oberschlesien

Kattowitz, 12. August. (B. L. B.) Die Pressestelle des Staatskommissariats meldet: Der Streik in ober-schlesischen Kohlenbergwerk greift immer weiter um sich. Man kann den Ausbruch auf gut 60 v. H. des gesamten ober-schlesischen Kohlenbergbaus bemessen. Sehr bedauerlich ist wieder der Schaden, welcher der deutschen Volkswirtschaft durch diesen unerwarteten politischen Streik erwächst. Nach nur ober-schlesischer neuerlicher Berechnung dürfte der Kohlenausfall dieser beiden Streiklagen etwa 1 Million Tonnent betragen, der Wert der ausgefallenen Kohlenförderung aber etwa 4 Millionen Mark.

Weitere Tarifserhöhungen der Eisenbahnen.

Berlin, 12. August. (B. L. B.) Zur Zeit können sich die Vertreter der deutschen Eisenbahnverwaltungen Beratungen über die Frage, wie die größten finanziellen Verluste der Eisenbahnen ausgeglichen werden können. Diese Verluste sind bei allen beteiligten Eisenbahnen außerordentlich hoch. Die Hauptgründe sind dabei die übermäßig hohen Preise für Kohlen und die überhöhten, immer die hohen Löhne und Gehälter. Die Eisenbahnen müssen nachdrücklich die übermäßige Erhöhung der Tarife einfordern, um die Verluste auszugleichen. Sollte man die Tarife so hoch bemessen, wie es erforderlich wäre, um den zu erwartenden Verlust in vollem Umfang auszugleichen, so würde bei allen beteiligten Eisenbahnen im Durchschnitt Erhöhungen der letzten Tarife um 100 Proz. nötig sein. Um dies nun durch die Regierung von Berlin und Berlin möglichst zu vermeiden und in der Hoffnung, daß die Reichsregierung die Erhöhung der Tarife nicht in diesem großen Umfang in Aussicht genommen werden. Die Durchführung der Erhöhung der Tarife und die Verhandlungen. Jedoch, daß die Reichsregierung die Erhöhung der Tarife nicht in diesem großen Umfang in Aussicht genommen werden. Die Durchführung der Erhöhung der Tarife und die Verhandlungen.

Kauschaktive aufgehoben werden müssen, sowohl zur Erreichung des Zieles einer finanziellen Gesundung der Eisenbahnen, wie auch deshalb, weil die Durchführung der Friedensbedingungen, die durch den Frieden bedingte völlige Verzichtung der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Fortfall der früher bei Einführung der betreffenden Tarife maßgebend gewiesenen Voraussetzungen eine solche Maßnahme erforderlich machen. Unter den Vertretern aller beteiligten Regierungen herrscht über die grundsätzliche Notwendigkeit der Tarifserhöhung und ihre möglichst beschleunigte Durchführung völlige Einigkeit.

Die Streikbestrebungen der mitteldeutschen Eisenbahner.

Berlin, 13. August. (B. L. B.) Im Eisenbahnministerium fand gestern abend aus Anlaß der letzten Erörterungsdarlegung eine Sitzung der Vertreter sämtlicher Beamtenschaftsverbände statt, in welcher der Minister Herr den Erklärungen des ungetriebenen Ernst der Lage des deutschen Wirtschaftswesens und die daraus sich ergebenden schweren Aufgaben für die Eisenbahnverwaltung und ihre Beamtenschaft vor Augen führte. Er betonte, daß er stets für eine Demokratisierung zu haben sei, die darin bestünde, daß Männer, die durch Leistungen und Können ausgezeichnet seien, der Begünstigung durch alle Stellen geöffnet werde. Aus der Besprechung heraus wurden die Erörterungsdarlegung scharf beurteilt und zum Ausdruck gebracht, daß der Fachverband und ihre Mitglieder jede Gemeinschaft mit derartigen Bestrebungen ablehnen.

Die Verhandlungen mit Polen.

Am Montag haben in Berlin die Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung begonnen, an denen auch Vertreter der Interalliierten Militärkommission teilnahmen. Der Montag war lediglich der offiziellen Eröffnung mit den üblichen Begrüßungsformalitäten gewidmet. Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Dienstag. Über den Verlauf liegt folgende Meldung vor: **Berlin, 13. August.** (B. L. B.) In den gestrigen Verhandlungen über die Abtretung der östlichen Grenzgebiete, befaßten sich die Vertreter der verschiedenen Mächte mit der Festlegung des Arbeitsprogramms. Laut Deutscher Allg. Zeitung wurden vier hauptauschüssliche gebildet und zwar 1. eine politisch-staatsrechtliche Kommission, die im wesentlichen alle mit der Übergabe verbundenen politischen und rechtspolitischen Fragen bearbeitet wird, 2. eine Hauptkommission für Kriegsgefangene, Geiseln, Internierte, Begnadigungen und Wiedererstattung von Strafvorfahren, 3. eine Hauptkommission für wirtschaftliche Angelegenheiten, besonders Eis und Kohlen sowie Verkehrsfragen; 4. eine Hauptkommission für Finanzangelegenheiten. Die vier hauptauschüssliche haben sämtlich einen deutschen und einen polnischen Vorsitzenden.

Nationalversammlung.

Bamberg, 12. August. (B. L. B.) **Präsident Fehrenbach** eröffnete die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Kleines Anzeigen.

Herrn v. Gumpel (Deutschland, Volksp.) Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen getroffen, namentlich, welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen? **Reichsminister des Innern Müller:** In einem Teil der Presse ist seitdem wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, um die schleunige Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. Zur Rechtfertigung hat sich die Presse auf Außerungen aus englischen Gefangenenzugern berufen. Die Regierung kann vorerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen, wie darin behauptet wird, in offiziellen Berichten und Bekanntmachungen der englischen Vorgesetzten befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären und Abhilfe zu schaffen. Der Minister gibt sodann einen Überblick über die wiederholten Vorstellungen der deutschen Regierung bei der Entlassung und die in dieser Angelegenheit überreichten Noten und fährt fort: Solange die

Hauptkommission die im Friedensvertrage vorgesehenen ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist der Abtransport der Kriegsgefangenen noch nicht möglich. Die deutsche Abordnung zu dieser Kommission weilt bereits seit Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles, während die Entsendemächte ihre Vertreter noch nicht ernannt haben. Mit den Angehörigen der Kriegsgefangenen, mit dem ganzen deutschen Volk weiß sich die Regierung eins in der schärfsten Beurteilung der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Aber die Regierung verfügt nicht über die Macht und über die Mittel, um die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abkürzen zu können. In einer Sitzung am 1. August hat der deutsche Vertreter Freiherr v. Bernstorff nochmals darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Loucheur hat versprochen, Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Die Reichsregierung hofft auf die Einsicht unserer Kriegsgefangenen Landsleute, daß sie sich nicht von der irreführenden Propaganda in den Ländern ihrer Gefangenschaft irreführen lassen, solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben, als läge der Reichsregierung nichts an ihrer Heimkehr. Eine politische Ausschlichtung dieses nationalen gemeinsam zu tragenden Unglücks weist die Regierung mit Entrüstung von sich. Sie weiß sich darin eins mit all den Kreisen des Volkes, denen das Schicksal unserer Kriegsgefangenen warm und unheimlich am Herzen liegt. (Stürmischer Beifall bei den Deutschtumsparteien.)

Es folgt die zweite Beratung

des Entwurfs eines Jändereinkommensteuergesetzes, das mit geringfügigen Änderungen in der Ausschlußfassung angenommen wird.

Das Spielartenengesetz

wird in zweiter Beratung ohne Aussprache erledigt.

Es folgt die erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Präsident Fehrenbach macht Mitteilungen über den Arbeitsplan der nächsten Tage und sagt: Vorausgesetzt, daß ich genügend unterstützt werde, könnten bis zum 20. August sämtliche Vorlagen, die jetzt noch erledigt werden sollen, zu Ende kommen. Bis zu diesem Tage muß ein beschlußfähiges Haus ermöglicht werden. Wir würden keinen angenehmen Eindruck hinterlassen, wenn der Abschluß von Weimarer vor leeren Bänken vor sich ginge.

Reichsfinanzminister Erzberger

gibt einen Überblick über die Entwicklung der Finanzlage Deutschlands von 1913 bis 1918. Die ungeheuren Zahlen rufen mehrfach Bewegung und lebhaftes Hören, Hören auf allen Seiten des Hauses hervor.

Zwei Forderungen müssen noch erfüllt werden, die finanziell und volkswirtschaftlich von größter Bedeutung sind. Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Beschleunigung an die Schaffung einer deutschen Handelsflotte herangehen. Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Beschleunigung unsere Auslandsdeutschen mit Reichsvorschriften zu Hilfe kommen. Schon die nächste Zeit wird eine solche Vorlage an die Nationalversammlung bringen. Endlich muß unser Beamtenstand erleichtert werden.

Das Höchstmaß, das ein Kriegsjahr an Anleihen aufbrachte, war 25 Milliarden. Dieses Höchstmaß muß jetzt das Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu gedeihen. Von einem Staatsbankrott würden gerade die untersten Schichten des Volkes am allerhärtesten betroffen. Wie grauenvoll die Zustände in Deutschland werden würden, ist gar nicht auszumalen. Darum wird die Reform kommen, weil sie kommen muß. Ich werde nicht ruhen und rasten, um am 1. Oktober einen geordneten Etat vorzulegen. Ich habe mit dem Ressorts schwer darum zu kämpfen, besonders mit dem Kriegsministerium. Regierung und Parlament müssen mit Hochdruck arbeiten, um Ordnung in das Chaos der Liquidation des zusammengebrochenen Kriegsunternehmens zu bringen. Wir haben auch aus dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen, denen wir mit ehrlichem Willen nachzukommen haben. Zunächst gilt es, die schwebende Schuld zu beseitigen oder herabzumindern. Durch die Kriegsausgabe, die Zunahme der Ausgaben und des Reichsverschuldeten wird unsere schwebende Schuld von 75 Milliarden auf höchstens 48 Milliarden ermäßigt werden. Durch die Reformen, die noch gegen die Steuerlast ergriffen werden sollen, werden übrigens die deutschen Banknoten, die sich im Ausland befinden, feinkertel Wertverminderung erfahren. In jedem